Stadt
BRUCHSAL

PRESSEEXEMPLAR

Rede von Oberbürgermeister Sven Weigt

Zur Einbringung des Entwurfs für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr 2027

Einstieg

Nach knapp einem Jahr im Amt des Oberbürgermeisters ist dies heute meine zweite Haushaltsrede in Bruchsal. Meine Ausführungen im vergangenen Jahr haben noch im Wesentlichen die Handschrift von Bürgermeister Glaser getragen. In diesem Jahr ist unser Planentwurf, den wir heute hier im Gemeinderat einbringen, ein Gemeinschaftswerk. Leider muss ich sagen, die finanzielle Lage ist nicht besser geworden. Die Situation ist somit nicht einfacher.

Um Ihnen die gesamte Komplexität der Haushaltsplanungen, gerade in diesen schwierigen Zeiten, aufzuzeigen, beginne ich meine Haushaltsrede mit einigen grundsätzlichen Ausführungen zur finanziellen Situation der Städte und Gemeinden. Nur so kann die Situation in Bruchsal besser eingeordnet werden.

Ich werde erneut erläutern, worin das strukturelle Defizit der Städte und Gemeinden grundsätzlich und konkret in Bruchsal besteht. Ich werde klar aufzeigen, wer dieses Defizit verursacht hat - in aller Deutlichkeit. Auch, wenn es wehtut. Ich habe und werde auch weiterhin Land und Bund kritisieren, wenn diese zum Nachteil der Stadt handeln oder eben nicht handeln, vollkommen unabhängig von den Regierungskoalitionen. Gleichzeitig möchte ich Mut machen. Denn ich bin mir sicher, dass Bund, Land und Kommunen gemeinsam diese Herausforderungen meistern können.

Bund und Land

Bund und Land müssen endlich die Realitäten anerkennen und handeln. Das erwartet die Bevölkerung. Davon bin ich überzeugt - Und ich bin auch davon überzeugt, dass ein großer Teil der Bevölkerung für Veränderungen bereit ist. Sie müssen nur nachvollziehbar sein, gut erklärt werden und im Verständnis der Menschen dem Wohle unseres Landes dienen. Hier sind wir alle gefordert. Wir dürfen nicht den rechten und linken Rändern das Feld und die Deutungshoheit überlassen. Sie gaukeln den Menschen mit falschen Behauptungen und Fantastereien vor, es bestünde nach ihren Ideen eine Lösung zum Wohle der Allgemeinheit. Den leeren, populistischen Beteuerungen am rechten Rand, die versprechen alles besser zu machen und ohne Strategie ein schwarz-weiß Bild unserer Gesellschaft zeichnen, erteile ich ebenso eine Absage wie den sozialistischen Fantasien am linken Rand.

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“ Dieses Zitat des deutschen Politikers Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) stelle ich als erste Aussage meiner Haushaltsrede voran. Selbstverständlich haben Sie dieses Zitat schon unzählige Male gehört. Es hört sich wie eine Floskel an. Das ist es aber nicht. Dieses Zitat ist aktueller und richtiger denn je, insbesondere, wenn wir auf unsere Haushaltszahlen schauen.

„Geld allein wird dies jedoch nicht lösen. Denn was wir erleben, ist nicht nur eine finanzielle Belastung - es ist ein strukturelles Problem. Der Staat lebt über seine Verhältnisse - und das seit Jahren.“ Das Zitat von Steffen Jäger, Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetages

von Baden-Württemberg zu den aktuellen Herausforderungen unseres Landes, stelle ich als zweite Aussage meiner Rede voran. Trifft diese Aussage zu und wenn ja, nur für den Staat oder auch für die Kommunen? Dieser Frage werde ich im Weiteren nachgehen.

Bund – Land – Kreis – Kommune

Schauen wir zunächst auf die Bundesebene. Der Bund hat seit Jahren steigende Steuereinnahmen in Rekordhöhe zu verzeichnen. Grundsätzlich ist die Annahme erlaubt, dass wir in Deutschland auch 2027 auf Bundesebene eigentlich kein Einnahmeproblem haben dürften, denn der Bund entscheidet selbst über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Ähnlich sieht es auf Landesebene aus. Auch im Land Baden-Württemberg steigen die Steuereinnahmen stetig an - auch 2027. Auch für das Land gilt die Annahme, dass die Einnahmen für die gestellten Aufgaben ausreichen müssten.
Auf Kreisebene sieht die Situation schon deutlich dramatischer aus. Trotz steigender Steuerkraft der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und damit verbundenen Mehreinnahmen, selbst bei einem gleichbleibenden Umlagesatz, reicht dieses Volumen bei weitem nicht mehr, um die Ausgaben für die auf den Landkreis übertragenen Aufgaben abzudecken. Allein von 2024 zu 2027 wäre eine Steigerung um 120 Millionen Euro notwendig, um all die dem Landkreis übertragenen Aufgaben nachhaltig finanzieren zu können. Ein Grund dafür: Der Landkreis trägt 25 Prozent der Landesausgaben. Erhält im Gegenzug allerdings nur 14 Prozent der Steuereinnahmen.

Die Folge ist eine dramatische Finanznot der Landkreise, der Städte und der Gemeinden, die die Kreisumlage tragen müssen. Zwar verfügten die Kommunen in den vergangenen Jahren ebenfalls über deutliche Steuerzuwächse. Demgegenüber gab es allerdings auch eine dramatische Steigerung der Ausgaben. Zum Teil sind diese Steigerungen inflationsbedingt. Im Wesentlichen hängen sie aber damit zusammen, dass Aufgaben an die Kommunen übertragen werden, ohne genügende Finanzierungmittel dafür bereitzustellen. Als Ursache für dieses strukturelle Defizit ist immer wieder die Rede von steigenden Sozialausgaben und dem nicht Einhalten des Konnexitätsprinzips - wer bestellt, bezahlt.

Sozialausgaben – Sozialstaat

Zunächst gehe ich auf die Sozialausgaben ein. Sobald man hier Kritik übt, wird sehr lautstark und wortgewandt behauptet, man wolle den Sozialstaat abschaffen. Das ist falsch. Um es nochmals klarzustellen, ich und viele andere Kommunalpolitiker stellen nicht den Sozialstaat infrage. Sondern wir stellen die Leistungsversprechen des Bundes und des Landes in Frage, die auf Kosten der Kommunen und der Menschen vor Ort gehen. So wird der Bund laut seinem Finanzplan im Jahr 2029 Steuereinnahmen in Höhe von 423,9 Milliarden Euro haben. Doch allein die Ausgaben für soziale Sicherung, Aufwendungen für Verteidigung und die Zinsen werden diese Gesamteinnahmen übersteigen. Deshalb stellen wir die Frage, ob wir jemals eine Einnahmesituation im Bund erreichen werden, um die getätigten Leistungsversprechen des Staates generationengerecht finanzieren zu können.

Ich empfinde diese Frage als sozial, denn es geht um soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Zum einen sind wir den Menschen verpflichtet, die die Unterstützung der Allgemeinheit benötigen. Zum anderen tragen wir auch für die Menschen Verantwortung, die finanziell dafür aufkommen müssen. Wenn dies in ein Ungleichgewicht gerät, dann hat das nach meinem Verständnis nichts mehr mit sozialer Gerechtigkeit und einem Sozialstaat zu tun.

Schauen wir uns deshalb einmal allgemein die Finanzsituation der Kommunen genauer an: Seit dem Jahr 2000 sind die Einnahmen aus laufenden Rechnungen um 170 Prozent gestiegen, die Ausgaben aus laufenden Rechnungen dagegen um 211 Prozent. Die Ausgaben für soziale Leistungen sind seit dem Jahr 2000 sogar um 292 Prozent gestiegen. Blickt man auf einen kürzeren Zeitraum von 2019 bis 2025 stiegen die Ausgaben aus laufenden Rechnungen um 48

Prozent und die sonstigen Ausgaben um 51 Prozent. Der Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen war demgegenüber noch dynamischer und lag bei 56 Prozent. Dem steht ein Anstieg der Einnahmen der laufenden Rechnungen von lediglich 33 Prozent gegenüber.

In einem Zehn-Jahresvergleich von 2017 zu 2026 sind die Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden im Landkreis Karlsruhe um 58 Prozent gestiegen, die Kreisumlage um 68 Prozent und die Sozialausgaben um 78 Prozent gestiegen. Ein Beispiel sind die Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe im Landkreis Karlsruhe zu nennen. Sie stiegen von 2022 auf 2026 um knapp 50 Millionen Euro, ohne dass in diesem Bereich die Fallzahlen signifikant gestiegen wären.

Beispielhaft ist auch die Einführung des Bundesteilhabegesetzes. Ursprünglich sollte es die Kommunen finanziell entlasten und die Eingliederungshilfe effizienter gestalten. Doch aktuelle Untersuchungen zeigen, dass Faktoren wie die stark steigenden Personalkosten zu einer erhöhten Belastung für uns Kommunen geführt haben. Deshalb haben wir die Abgeordneten des Bundes und des Landes schon bei dessen Einführung 2017 darauf hingewiesen, dass mit dem BTHG ein System verabschiedet worden ist, dass kein Limit nach oben hat. Das wird jetzt aktuell spürbar im Kreishaushalt. In den vergangenen drei Jahren stiegen die BTHG bedingten Mehrausgaben jährlich um 30 Millionen Euro.

Es sind deshalb zwingend die Fragen zu stellen: Warum sind die Sozialausgaben überproportional gestiegen? Und hat die Politik bedacht, dass die Leistungsversprechen des Staates dauerhaft finanziert werden müssen? Die kommunale Familie - Landkreistag, Städte- und Gemeindetag - sind sich hierbei einig: Der Staat hat Leistungsversprechen abgegeben, die auf Dauer nicht finanziert werden können. Das ist keine neue Erkenntnis.

Gewerbesteuereinbrüche

Das hat solange funktioniert wie die Gewerbesteuereinnahmen auf kommunaler Ebene stetig angestiegen sind. Jetzt ist allerdings die Gewerbesteuer bei den allermeisten Städten und Gemeinden dramatisch eingebrochen. Das macht sich nur deshalb noch nicht für die Bürgerinnen und Bürger bemerkbar, weil wir Kommunen buchhalterisch durch Rücklagen den Ergebnishaushalt ausgleichen und über dramatische Schulden nach wie vor zu investieren – zumindest in die Projekte, die schon begonnen worden sind. Dieser Schuldendienst wird unseren Handlungsspielraum mittelfristig jedoch weiter einschränken.

Damit wird allerdings kaschiert, dass wir aufgrund unseres strukturellen Defizits für künftige Aufgaben keine eigenen Mittel mehr erwirtschaften und deshalb Investitionen rein über die Verschuldung finanzieren müssen. Das ist sehr kritisch zu sehen. Die kommunale Verschuldung in den Kernhaushalten liegt laut Kassenstatistik im Jahr 2019 noch bei sechs Milliarden Euro. Im Jahr 2025 ist sie schon auf zehn Milliarden Euro angestiegen. Das ist ein Mehr von 66 Prozent.

Unsere Prognose ist zudem, dass es auch bei einem leichten Wachstum sehr lange brauchen wird, um das Niveau der Gewerbesteuereinnahmen der vergangenen Jahre wieder zu erreichen.

Aktionstag der Kommunen

Wie sieht es nun mit der Erkenntnis der handelnden Personen aus? Der gemeinsame Aktionstag „5 vor 12 Uhr“ der kommunalen Spitzenverbände, an dem sich bundesweit fast alle Landkreise, Städte und Gemeinden beteiligt haben, hat eine große mediale Aufmerksamkeit erzielt. Verschiedene Äußerungen von Bundes- und Landespolitikern lassen darauf schließen, dass man die Probleme erkannt hat. Ich nenne hier nur zwei Zitate. So sagte Finanzminister Lars Klingbeil bei der ersten Lesung zur Einbringung des Bundeshaushaltes: „Es (Anmerk. das

Sondervermögen) darf nicht der einzige Schritt sein. Wir brauchen handlungsfähige Kommunen und da sind wir als Bund mit den Ländern in der Verantwortung“. Bei der Sitzung der gemeinsamen Finanzkommission im Juli führte Ministerpräsident Cem Özdemir aus: „Das Versprechen, dass wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen, halten wir…. Als Land haben wir den Kommunen in der Vergangenheit geholfen und werden auch im neuen Haushalt bis an die Grenzen des finanziell Machbaren gehen.“

Die Erkenntnis der Bundes- und Landespolitik scheint da zu sein. Doch nach wie vor fehlt es an der entsprechenden Umsetzung und angesichts der als Lippenbekenntnisse empfundenen Aussagen auch an dem Vertrauen der kommunalen Familie. So steht in den aktuellen Verhandlungen zum Landeshaushalt Baden-Württemberg ein Defizit der Städte und Gemeinden in Höhe von 4,3 Milliarden Euro im Raum. Das Land Baden-Württemberg verhandelt allerdings nur über 1,2 Milliarden Euro, die man den Städten und Gemeinden als Unterstützung zur Verfügung stellen möchte. Davon werden 500 Millionen Euro lediglich als Darlehen gewährt.

Gleichzeitig äußert man von Landesseite Verständnis und zeigt mit erhobenem Zeigefinger auf den Bund. Grundsätzlich hat das Land das Recht, den Bund in die Pflicht zu nehmen. Dies hilft in der aktuellen Finanzsituation allerdings nicht, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sowohl Cem Özdemir und Manuel Hagel als auch Daniel Bayaz gesagt haben, alles dafür tun zu wollen, um den Städten und Gemeinden zu helfen. Hier ist eindeutig noch Luft nach oben. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Forderung an Land und Bund

Wir hier in Bruchsal, da schließe ich explizit Bürgermeister Andreas Glaser mit ein, sind nicht bereit Politikversagen auf Bundes- und Landesebene zu kaschieren. Wir fordern, die strukturellen Probleme zu lösen. Sie sind auf Bundes- und Landesebene hausgemacht. Bund und Land müssen sich endlich ihrer Verantwortung stellen - nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten.

Mein Fazit: Wenn die Rekordsteuereinnahmen der vergangenen Jahre nicht ausreichen, um die Leistungsversprechen des Staates zu erfüllen, ist es unverzichtbar, die Leistungsversprechen des Staates auf den Prüfstand zu stellen. Wir müssen die Standards, die geschaffen worden sind, dahingehend hinterfragen, ob sie mit den aktuellen Einnahmen finanzierbar sind. Im Moment ist das nicht der Fall. Deshalb müssen wir offen dafür sein, die Standards nach genauer Prüfung zu verändern, zu reduzieren oder im Einzelfall ganz abzubauen. Das ist nicht populär. Doch wenn wir das nicht tun, gefährden wir aus meiner Sicht den sozialen Frieden in unserem Land und damit die Demokratie. Wie sagte schon Walter Scheel: „Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“

Wie sieht die Situation aktuell in Bruchsal aus?

Bevor wir Ihnen die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2027 im Detail vorstellen, möchte ich noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen. Bürgermeister Andreas Glaser und ich waren uns von Beginn der Haushaltsplanung an einig, dass wir uns weigern, mit der Axt Hand an den Haushalt zu legen. Wir wollen keine wertvollen, gewachsenen Strukturen vor Ort zerschlagen. Sie sind in Bruchsal mit Bedacht entwickelt worden. Wenn wir sie zu schnell zerschlagen, können sie voraussichtlich nicht mehr so leicht wieder aufgebaut werden. Deshalb wollen wir, so lange es

möglich ist, die Freiwilligenleistungen aufrechterhalten. Sie sind unverzichtbar für eine gute Lebensqualität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt hier in Bruchsal.
Sie erinnern sich an die erste Kernaussage - die Kommunen sind „die Orte der Wirklichkeit“. Das heißt, in den Städten und Gemeinden wird die dramatische finanzielle Situation konkret. Bisher war die prekäre Haushaltslage in Bruchsal für die Bürgerinnen und Bürger noch nicht in ihrer wahren Ausprägung spürbar. Unter dieser Prämisse haben wir auch den Haushalt 2027ff

ausgearbeitet.
Wir werden im weiteren Verlauf darstellen, dass wir nach unserer Einschätzung bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten ausgereizt haben. Jetzt können wir die Strukturen nur noch erhalten, wenn Bund und Land den gesellschaftlichen Sprengstoff erkennen, der in einer Zerschlagung von Freiwilligkeitsleistungen liegt und entsprechend reagieren. Sollten sie keine Lösungen für die Behebung der strukturellen Defizite finden und diese zeitnah auch umsetzen, werden wir gezwungen sein, Angebote infrage zu stellen, die effizient und wirtschaftlich im Rahmen der Leistungsfähigkeit unserer Stadt aufgebaut worden sind. Wir reden dann davon, inwieweit wir eine Musik- und Kunstschule, die badische Landesbühne, die Bibliothek, Schwimmbäder, Vereinsförderung, Sporthallen und vieles andere mehr in der bekannten Qualität oder überhaupt noch betreiben können. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

Der Haushalt 2027

Doch kommen wir zum Haushaltsplan für 2027ff. Erneut legen wir einen Haushalt mit einem Jahresfehlbetrag im Gesamtergebnishaushalt von 9,4 Millionen Euro vor. Die ordentlichen Erträge liegen nach unserem Planansatz bei rund 177,5 Millionen Euro, die ordentlichen Aufwendungen bei knapp 187 Millionen Euro.

Aufgrund der FAG-Systematik erscheint dieses Defizit für 2027 gegenüber dem Vorjahr (minus 17,3 Millionen Euro) geringer. Ein Grund hierfür ist ein erwarteter Anstieg der Steuereinnahmen von 90,3 Millionen Euro 2026 auf 95,4 Millionen Euro. Unter anderem gehen wir von einem konjunkturell bedingten Anstieg der Gewerbesteuer von 37,9 Millionen auf 39 Millionen Euro aus.

Zur Finanzierung des Investitionsvolumens ist eine Kreditaufnahme von 25,4 Millionen Euro veranschlagt. Der Schuldenstand beläuft sich zum Jahresende 2027 voraussichtlich auf 94,03 Millionen Euro.

In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2030 ist allerdings schon deutlicher sichtbar, dass wir dauerhaft auf ein Defizit von über 20 Millionen Euro hinsteuern. Nur einmal zur Einordnung: Selbst, wenn wir alle, und Sie erinnern sich an die eben beispielhafte Aufzählung, Freiwilligkeitsleistungen streichen und die Steuern spürbar anheben, würden wir es gerade so schaffen dieses Defizit auszugleichen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Diese freiwilligen Leistungen haben wir bis 2024 finanziert und ausgeglichene Haushalte erreicht. Die jetzige Dramatik hat vor allem zwei Gründe: Die Einbrüche bei der Gewerbesteuer und die Steigerung der Ausgabendynamik.

Aktuell sind wir in der Situation, dass wir weiterhin 35,1 Millionen Euro in die Zukunft unserer Stadt, die Bildung, die Kinderbetreuung und die Infrastruktur investieren wollen. Eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen sind bereits langfristig vorbereitet und entsprechend finanziert. Sie sind schon vor 2027 begonnen worden und werden im kommenden Jahr fortgeführt beziehungsweise weiterbearbeitet oder fertiggestellt.

Richten wir den Blick auf konkrete Projekte und Maßnahmen, die wir in den kommenden Haushaltsjahren angehen werden:

Mit dem Start des **Ganztagesbetriebes** an der Konrad-Adenauer-Schule machen wir einen weiteren großen Schritt, um den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung umzusetzen. Aktuell bieten fünf der insgesamt acht Bruchsaler Grundschulen (Stadtteile sind eingeschlossen) eine ganztägige Betreuung an.

Aktuell geplante Maßnahmen im Bereich **Umwelt und Mobilität** sind Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer. So sind der Radweg-Lückenschluss am Bahnhof zwischen Saalbachcenter und Merkurcenter, der Fahrrad- und Fußgängerfreundliche Umbau des Knotenpunktes B3 /Württemberger Straße („Große Brücke“) und der Baubeginn des Umbaus des Knotenpunktes am „Weißen Kreuz“ sowie des Nachbarknotenpunktes Forster Straße/ Balthasar-Neumann-Straße geplant.

Der Energieleitplan und die **Zukunftskommune** sind die wichtigsten Instrumente zur Begleitung des Bruchsaler Klimaschutzprozesses. Verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung arbeiten an der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen wie der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude und dem Ausbau von Photovoltaik auf kommunalen Dächern.

Das Stadtplanungsteam hat ebenfalls verschiedene Maßnahme in der Planung. Für die Umsetzung des **Aktionsplans Innenstadt** wollen wir Sponsoren gewinnen. Bei der Konzeption der **Viktoria-Anlage** hat sich die Beteiligung/Befragung der Bürgerinnen und Bürger als ein „echter Renner“ erwiesen. Wir haben über 500 Rückmeldungen erhalten.

Die Wohnentwicklung der **ehemaligen Landesfeuerwehrschule** schreitet auch im kommenden Jahr voran. Zudem sind wir in Gesprächen wegen einer Seniorenunterbringung und/oder Betreuten Wohnens in Obergrombach und Untergrombach.

Die **Agri PV** Anlage Langenthal und das **Windprojekt** Stadtwerke / EnBW bringen nicht nur erneuerbare Energien, sondern perspektivisch auch Einnahmen durch die Einspeisevergütung.

Um unserem rechtlichen Auftrag zur Unterbringung von obdachlosen und geflüchteten Menschen gerecht zu werden, investieren wir in neue Unterkünfte für **Obdachlose und Flüchtlinge**.

Ein großes Thema wird auch 2027 der **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz** sein. Durch langfristige und intensive Planung konnten elementare Investitionen, wie Netzersatzanlagen und Sirenen bereits realisiert werden.

Mit 22,1 Millionen Euro entfällt ein Großteil der Investitionen auf Baumaßnahmen. Diese sind zumeist keine neu begonnenen Projekte, sondern Maßnahmen, die 2027 fortgeführt beziehungsweise weiterbearbeitet und fertiggestellt werden. Sie wurden bereits langfristig vorbereitet und entsprechend finanziert.

Die Fertigstellung der **Umgestaltung des Bahnhofsumfeld** inklusive ZOB erfolgt im Frühjahr 2027. Des Weiteren ist der Umbau von weiteren Bushaltestellen in Barrierefreie Bushaltestellen

inklusiv Überdachung vorgesehen und 2027 soll der **Herzl Radweg** realisiert werden.

Der **Starkregen und Hochwasserschutz** stehen dauerhaft auf der Agenda der Baumaßnahmen. Seit Jahren setzten wir hier verschiedene Projekt um. Eines der größten ist wohl das Hochwasserrückhaltebecken Helmsheim. Der Baubeginn mit den CEF-Maßnahmen (Ausgleichsmaßnahmen, Arten- und Umweltschutz) ist für 2027 terminiert, sobald die

Besitzeinweisung in Grundstücke erfolgt sein wird. Mittelfristig sind im Haushalt für dieses Projekt 18 Millionen Euro veranschlagt.

Bewusst schließe ich mit den Investitionen in unsere **Kindergärten und Schulen**, weil sich an diesen Beispielen sehr deutlich die strukturellen Probleme aufzeigen lassen. Die Generalsanierung ASR mit einem Gesamtvolumen von 30 Millionen Euro wird 2030 fertiggestellt sein. Der Erweiterungsbau Ganztagesbetreuung Joß-Fritz-Schule, mit einem Gesamtvolumen von etwa 2,8 Millionen Euro soll Schuljahresbeginn 2027/28 nutzbar sein, der Baubeginn für den

Neubau Kita Campus mit einem Gesamtvolumen von etwa 9,8 Millionen Euro ist für das zweite Quartal 2027 geplant. Und last but not least die Sanierung und Erweiterung Kindergarten St. Elisabeth Bruchsal mit einem Gesamtvolumen von circa 2,7 Millionen Euro, die bis zum Jahresende fertiggestellt sein wird.

Am **Beispiel von St. Elisabeth** möchte ich nochmals deutlich machen, dass aktuell nicht die Investitionen unser Problem sind. Für Investitionen erhält die Stadt rund 26,4 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes und des Landes (LuKIFG-Mittel). Mit diesen Fördermitteln können wir zum Beispiel die Sanierungsmaßnahme St. Elisabeth ohne zusätzliche Kreditaufnahme finanzieren. Doch mit den Investitionen in ein Gebäude sind auch laufende Kosten verbunden. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung steigen diese Kosten von Jahr zu Jahr weiter. 2017 reichten die Grundsteuereinnahmen aus, um den städtischen Anteil an der Kinderbetreuung zu bezahlen. Im Jahr 2027 müssten wir die Grundsteuer verdreifachen um den städtischen Anteil zu finanzieren. Allein im Jahr 2026 beträgt die stadtweite Kostensteigerung in diesem Bereich rund 2,5 Millionen Euro. Dabei geht es zunächst nur darum, den bestehenden Standard aufrechtzuerhalten.

Ähnlich komplex gestaltet sich die **Digitalisierung der Schulen**. Auch an diesem Beispiel lässt sich gut das strukturelle Defizit aufzeigen. So fällt die Förderung des jetzt vom Bund erneut aufgelegten (aber noch nicht verabschiedeten) Digitalpakts 2.0 deutlich geringer aus. Sie liegt nur bei 40 Prozent im Vergleich zum Digitalpakt 1.0. Deshalb müssen wir Kommunen neben der Bereitstellung von Support, Wartung, Administration auch Gelder für die Ersatzbeschaffung von Endgeräten, Beamer, digitalen Tafeln und vielem mehr in die Hand nehmen. Von einem Ausbau der digitalen Infrastruktur kann hier nicht gesprochen werden.

Insgesamt schreitet die **Digitalisierung** in der Stadt jedoch kontinuierlich voran. Sukzessiv führen wir die E-Akte in den verschiedenen Ämtern ein. Zu Smart City Themen wie Open-Data-Portal oder Bürger App finden erste Tests statt. KI ist dem Kontext ein großes Thema. Hier geht es aktuell vor allem um die Weiterentwicklung begonnener Prozesse wie dem Chatbot Brubo und der Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Unverzichtbar ist der strukturierte Ausbau der IT-Sicherheit.

Neben den Investitionen sind die Transferaufwendungen mit insgesamt 92,4 Millionen Euro nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau – auch wenn sie nach unserem Planansatz 700.000 Euro unter dem Volumen des Vorjahres liegen. Die Personalaufwendungen werden nach Tarifsteigerungen um drei Prozent erneut ansteigen von 45,8 Millionen Euro auf 47,2 Millionen Euro. Darin enthalten ist schon eine pauschale Kürzung von zwei Millionen Euro. Zudem werden

wir das zweite Jahr in Folge rund fünf Stellen abbauen. Das ist historisch.

Der Hebesatz der Kreisumlage wurde von uns von 34,0 auf 35,0 veranschlagt. Hier werden wir nach unserem Planansatz für 2027 voraussichtlich 32 Millionen Euro zahlen, gegenüber 32,8 Millionen Euro im Jahr 2026. Der Vorschlag des Landrates und die Beschlussfassung im Kreistag stehen hier noch aus. Die eigentliche Steigerung bei der Kreisumlage erwarten wir für die Jahre 2028 bis 2030. Für den Zeitraum gehen wir von einer Erhöhung des Hebesatzes auf 37,0 und

damit einer Steigerung der Kreisumlage von 33 Millionen Euro (2028) über 39,3 Millionen Euro (2029) auf 39,6 Millionen Euro (2030) von zwei Prozent aus.

Mit Blick auf das Gesamtergebnis werden wir für das Jahr 2027 keine Erhöhung der Hebesätze für Grundsteuer A und Grundsteuer B vornehmen. Sie werden unverändert bei 215 v.H. bleiben. Nachdem wir 2026 den Hebesatz der Gewerbesteuer auf 400 v.H. erhöht haben, werden wir auch hier 2027 keine Änderung vornehmen.

Ausblick

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Im ersten Jahr meiner Tätigkeit als Oberbürgermeister hier in Bruchsal haben wir uns auf den Weg gemacht. Zusammen mit unserem Verwaltungsteam haben Bürgermeister Andreas Glaser und ich die Haushaltssituation analysiert, neu strukturiert und in einen Zehn-Jahres-Plan gebracht. Wir haben intensiv mit dem Gemeinderat bei unserer Klausurtagung diskutiert. Wir haben eine Haushaltsstrukturkommission eingesetzt, um mögliche Einsparungen zu benennen und klare Prioritäten zu setzen.

Der Haushaltsplanentwurf und die zu erwartende Entwicklung unseres Haushaltes sind durchaus Grund für eine große Resignation. Da gibt es nichts schön zu reden.

Doch aus meiner Sicht gibt es auch Grund zu einem ganz verhaltenen Optimismus. Ich sehe noch kein Licht am Ende des Tunnels, aber zumindest ein kleines Flackern. Unserer Aktionstag im Sommer hat gezeigt, dass die kommunalen Spitzenverbände geschlossen zusammenstehen und es Ihnen gelingt eine überaus wirksame Kampagne auf dem Weg zu bringen. Der Zusammenhalt in der kommunalen Familie ist dadurch gewachsen. Das macht uns zu einem starken Verhandlungspartner gegenüber Bund und Land. Und sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene ist unser Hilferuf angekommen. Dort wurde erkannt, dass der Staat und unsere Demokratie nur mit gut ausgestatteten Kommunen funktionsfähig ist. Deshalb bin ich auch zuversichtlich, dass die weiteren Verhandlungen am Ende zu einem guten Ergebnis führen.

Ein leichter Lichtstrahl am Horizont sind auch die aktuellen Umfragen bei den Unternehmen. Laut Ifo-Institut setzt sich die Erholung der deutschen Wirtschaft im Sommer 2026 fort. Die Auftragslage hat sich danach seit Jahresbeginn in der krisengeplagten Industrie kontinuierlich verbessert und die Exporterwartungen haben zugelegt. Insgesamt scheint sich die Stimmung bei den Unternehmen wieder etwas zu erhellen und mehr von Zuversicht getragen zu sein. Das vermeldet zumindest die Presse gerade Anfang dieser Woche.
Der bunte Strauß an Reformen, die die Bundesregierung/ Bundestag gerade jetzt im Herbst beschlossen hat beziehungsweise noch beschließen wird, lässt auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der gesellschaftlichen Stimmung hoffen.

Zum Ende möchte ich dafür werben, dass wir hier im Rat in diesen schwierigen Zeiten enger zusammenrücken. Auch wenn wir durchaus unterschiedliche Positionen haben, geht es Ihnen wie mir doch darum: Wir wollen das Beste erreichen - für die Stadt und für die Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen, die hier in Bruchsal leben. Lassen Sie uns sachorientiert diskutieren, um die beste Lösung ringen und dann eine ausgewogene Entscheidung treffen. Denn am Ende müssen wir eine Entscheidung treffen, um handlungsfähig zu bleiben. Damit senden wir ein klares Signal an die Bruchsalerinnen und Bruchsaler: Wir kümmern uns um die Belange der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir treffen Entscheidungen, die wir zumindest mehrheitlich fassen und danach auch als demokratische Entscheidungen mittragen müssen und nicht kurz danach in Frage stellen dürfen. Damit bieten wir die notwendigen Lösungen für die

Herausforderungen unserer Zeit. In diesem Sinne bin ich gespannt auf die Haushaltsberatungen und Ihre Anträge.

-Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit-